

## »Aufgeben? Auf keinen Fall!«

Von wegen heile Welt: Nicht erst seit Corona stehen Kommunalpolitiker\*innen unter Beschuss. Gerade Frauen werden gemobbt, erleben sexualisierten Hass. Doch immer mehr trotzen den Anfeindungen mit klugen Strategien

Text: Kristina Maroldt

Als sie vor drei Jahren zur Bürgermeisterin von Hermeskeil gewählt wurde, war das eine kleine Sensation: Lena Weber, 28, rote Haare, breites Lachen, das jüngste Stadtoberhaupt, das der Pfälzer Hochwald je gesehen hatte, noch dazu eine Frau! Auf dem Stadtfest jubelte ihr das ganze Zelt zu.

Doch schon bald kamen die ersten Briefe. Mal ins Rathaus, mal zu ihr nach Hause: Zeitungsberichte über sie, Notizen am Rand: „Hat keine Ahnung!“, „Soll erst mal das Kommunalbrevier lesen!“ Später dann, während der Corona-Lockdowns, die Kommentare, dutzendfach, wenn sie auf Facebook neue Schutzmaßnahmen erklärte: „Die soll am Impfstoff verrecken!“ Bis drei Uhr nachts saß Weber oft am Handy, diskutierte, löschte, blockierte. Und fand im schlimmsten Fall am nächsten Tag ein plattes Auto vor. Sieben Reifen musste sie seit Amtsantritt auf eigene Kosten erneuern. Wer sie zerstach, ist bis heute ungeklärt.

Weber ist ein sonniger Typ, man kann sich gut vorstellen, wie sie mit munterer Stimme Ratssitzungen leitet oder Paaren im Namen der Stadt zur goldenen Hochzeit gratuliert. Ihr Amt würde sie nie aufgeben, sagt sie im Konferenzraum neben ihrem Büro, an der Wand hängen die Planungsplakate für den Glasfaserausbau der 7000-Einwohner-Stadt, das Großprojekt ihrer Amtszeit. „Es macht mir große Freude!“ Doch wenn die SPD-Politikerin von den Anfeindungen erzählt, die sie als ehrenamtliche Bürgermeisterin erlebt, klingt sie erschöpft: „Hinter dem Amt steht doch ein Mensch. Warum begreifen das manche nicht?“

Mehr als jede\*r zweite Kommunalpolitiker\*in wurde laut einer Forsa-Studie von 2021 schon mal beleidigt, bedroht oder angegriffen. Seit 2017 hat sich die Zahl der gemeldeten Attacken mehr als verdreifacht. Und Frauen werden oft besonders massiv angegangen. Schon während der Kandidatur trifft sie mehr Gegenwind als Männer, ergab eine Umfrage der Berliner Forschungsorganisation EAF. Der Hass gegen sie ist enthemmter und sexualisierter. Auch das mag ein Grund sein, weshalb es in Deutschland nur neun Prozent Bürgermeisterinnen gibt. Viele bewerben sich gar nicht erst um das Amt, aus Sorge, Zielscheibe zu werden. Andere geben den Posten irgendwann zermürbt auf.

Doch es gibt auch die, die bleiben. Aus Trotz, Idealismus oder schierer Freude an einem Amt, das erlaubt, so direkt wie nirgendwo sonst Politik zu machen. Wie trotzen sie den Anfeindungen?

LENA WEBER sagt, ihr bester Schutzschild gegen das Pöbeln der wenigen, das seien die vielen, die sie in solchen Situationen hinter sich wisse. Die Frauen und Männer vom Netzwerk „Junge Bürgermeister\*innen“<sup>1</sup> etwa, die sie gleich nach der Wahl anriefen und fragten, ob sie Mitglied werden wolle. „Wenn ich denen erzähle, was ich erlebe, wissen sie sofort, wovon ich spreche.“<sup>1</sup> Und werden notfalls laut: Im Februar protestierte man mit einem offenen Brief gegen die massiv gestiegenen Attacken durch Gegner\*innen der Corona-Maßnahmen, viele Medien berichteten.

Ihren zweiten Schild hat sich Weber selbst geschmiedet. „Buntes Hermeskeil“<sup>2</sup> heißt die Gruppe, mit der sie seit ein paar Jahren immer wieder Aktionen für Toleranz und Vielfalt auf die Beine stellt. Auch bei den Corona-Protesten im Winter, die mancherorts in Gewalt gegen Politiker\*innen mündeten, standen sie ihr bei. War ein Spaziergang<sup>2</sup> angekündigt, positionierten sich Kita-Erzieherinnen und Kirchengemeindemitglieder unauffällig in der Stadt, beobachteten die Lage. Und Weber merkte: Wenn es darauf ankommt, bin ich nicht allein. Das tat gut.<sup>2</sup>

Doch natürlich gibt es auch Tage, in denen das beste Netzwerk nichts hilft. Wenn Anzeigen wiederholt ins Leere laufen, Kommentare dort treffen, wo es besonders wehtut. Weber sagt, sie poste dann auch mal eine Zeit lang nichts: Obwohl das natürlich genau das ist, was diese Leute wollen.<sup>2</sup> Oder sie stülpe ihr Teflon-Cape<sup>2</sup> über, versuche, die Dinge an sich abprallen zu lassen. Sie lächelt trotzig. „Inzwischen klappt das ganz gut.“<sup>2</sup>

Zähne zusammenbeißen und durch das ist das Mantra der meisten Kommunalpolitiker\*innen, wenn sie Hass und Hetze erleben. Nur ein Viertel hat laut der Forsa-Studie von 2021 Drohbrieife schon mal öffentlich gemacht. Um kein Öl ins Feuer zu gießen, den Hatern keine Bühne zu bieten. Doch auch aus Angst vor dem Opferstempel. Gerade Kommunalpolitik gilt oft noch als Kampfplatz für harte Hunde, Schwäche zu zeigen als Tabu. Aber kann das die Lösung sein? Dass nur die mit dem dicksten Fell im Amt bleiben?

VANESSA GATTUNG wagte einen anderen Weg. Im Herbst 2020 hatte die SPD- Politikerin ihre Kandidatur für das Bürgermeisteramt im niedersächsischen Papenburg erklärt. Noch am selben Tag schoss die erste Hassmail in ihr Postfach: „Links-grün versiffte Fotze!“

Gattung, heute 32, weiß noch, dass sie damals fast lachen musste. „Na klar, dachte ich mir, jetzt bist du ne echte Politikerin, da scheint das irgendwie dazuzugehören.“<sup>2</sup> Doch dann lag kurz vor Weihnachten ein handgeschriebener Drohbrief im Parteipostkasten, im März ein weiterer: „Du sollst brennen!“ – und die Leichtigkeit war weg. „Das war eine andere Nummer. Wegen der konkreten Drohung, aber auch, weil die Briefe mich buchstäblich berührten, ich hielt sie ja in der Hand. Mir wurde ganz anders.“<sup>2</sup> Sie ging zur Polizei, die nahm Fingerabdrücke, leitete alles weiter an den Staatsschutz, es gab eine Hausdurchsuchung, ohne Ergebnis.

Am schlimmsten sei die Machtlosigkeit gewesen, erinnert sich Gattung am Telefon. „Ich war ständig auf der Hut, konnte aber nur warten.“<sup>2</sup> Dazu die Unsicherheit: Wem sollte sie von den Briefen erzählen? Ihre Partei hatte sie sofort informiert. Mindestens ein Genosse begleitete sie fortan zu allen Terminen. Aber sonst? Ich wollte nicht, dass meine Familie sich Sorgen macht. Und ich wollte auch nicht als Opfer abgestempelt werden, es war ja Wahlkampf. Zugleich hatte ich ständig Angst, dass der Briefeschreiber erfährt, wo ich wohne, und vielleicht meiner Familie oder auch unseren Tieren schaden könnte.<sup>2</sup>

Als irgendwann auch noch ihre Gegenkandidaten zu sticheln anfangen – warum stellt Frau Gattung ihre Adresse nicht ins Netz? Wohnt sie vielleicht gar nicht in Papenburg, sondern in Osnabrück, wo sie als Transfermanagerin an der Uni arbeitet? – stand fest: Gattung musste etwas unternehmen. Zusammen mit einer Kommunikationsberaterin organisierte sie im April 2021 eine Online-Diskussion und lud den niedersächsischen Innenminister als Podiumsgast ein, der Titel: „Hass und Hetze in der Kommunalpolitik“<sup>2</sup>. Dort erzählte sie ihre Geschichte, auch von ihren Ängsten.

Es war wie ein Befreiungsschlag. Nicht nur Bürger\*innen kamen danach auf sie zu, sicherten ihr Unterstützung zu, auch Politiker\*innen anderer Parteien. Ein Drohbrief trudelte noch ein, dann war Ruhe. Und Gattung gewann die Wahl. „Ich kann allen nur raten: Macht öffentlich,

wenn ihr so was erlebt!“, sagt sie. „Das hilft nicht nur euch. Es hilft auch anderen, laut zu werden gegen Hass und Hetze.“<sup>3</sup>

Dem kann Anna-Lena von Hodenberg nur zustimmen. Mit ihrer Organisation Hate Aid<sup>3</sup> berät die ehemalige Journalistin seit Jahren Betroffene von Hasskriminalität, darunter viele Kommunalpolitikerinnen. Natürlich sei es völlig legitim, wenn eine über die Attacken gegen sie nicht öffentlich sprechen wolle. „Doch je mehr es tun, desto sichtbarer wird das Thema. Und desto klarer wird: Wir müssen uns als Gesellschaft damit beschäftigen.“<sup>3</sup>

Nach wie vor sei das bitter nötig. Zwar habe sich seit dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke vor drei Jahren einiges bewegt: Studien zum Thema wurden erstellt. Die Grünen-Politikerin Renate Künast erstritt gegen Facebook Urteile, die die Rechte von Hatespeech-Betroffenen gegenüber den Betreibern sozialer Netzwerke stärken. 2021 trat ein Gesetzespaket in Kraft, das Kommunalpolitiker\*innen besser schützen soll: Auch sie zählen nun beispielsweise zu jenen Personen des politischen Lebens<sup>3</sup>, bei denen die Behörden selbsttätig üble Nachrede und Verleumdungen verfolgen können.

Doch die Gesetzesdurchsetzung sei nach wie vor schlecht, sagt von Hodenberg: „Wir haben es hier ja mit systematischen Attacken zu tun auf unsere demokratischen Institutionen, aber auch auf Frauen. Weil die in bestimmten Kreisen als weiche<sup>3</sup> Ziele gelten, die man leicht fertigmachen kann. Trotzdem behandeln viele Behörden das Thema noch als Privatproblem.“<sup>3</sup>

KATJA WOLF von der Partei Die Linke<sup>3</sup>, eine zarte Frau mit fester Stimme, erlebt das seit Jahren. Seit 2012 ist die zweifache Mutter Oberbürgermeisterin im thüringischen Eisenach. Erst kürzlich wurde die dortige Neonazi-Szene bei einer Razzia zerschlagen. Im Stadtrat ist die extreme Rechte mit je vier Abgeordneten von

NPD und AfD nach wie vor stark vertreten. Der Ton ist rau, auch gegenüber der 46-jährigen Stadtchefin. Und Wolf wehrte sich von Anfang an konsequent mit einer Waffe, die Fachleute wie von Hodenberg für die wichtigste halten, obwohl nur jede\*r dritte Bürgermeister\*in sie nutzt: Alles, was strafrechtlich relevant ist von der Schmähmail bis zur gelockerten Radmutter am Auto bringt sie zur Anzeige. Damit es in der Statistik auftaucht. Aber natürlich auch in der Hoffnung, die Täter\*innen würden zur Rechenschaft gezogen. Doch genau das, sagt sie am Telefon, passiere fast nie. Stattdessen nähmen die Polizisten sie oft nicht ernst: „Manche fragen ernsthaft, ob ich nicht selbst vergessen hätte, beim Reifenwechsel alles festzuziehen!“ Trotzdem zeigt sie weiter alles an. Und platziert das Thema seit einiger Zeit gezielt in Gremien, von denen sie sich Veränderung erhofft. Als Oberbürgermeisterin erwarte ich, dass solche Taten konsequent verfolgt werden<sup>3</sup>, forderte sie 2020 bei einem runden Tisch des Bundespräsidenten zum Thema. Dass es heute in immer mehr Bundesländern spezialisierte Staatsanwaltschaften und vereinfachte Meldeverfahren gibt, freut sie. „Doch wir müssen weiter Druck auf die Landes- und Bundespolitik machen. Nur die kann dafür sorgen, dass die Behörden sensibler reagieren, auch hier in Thüringen.“<sup>3</sup>

GOLLALEH AHMADI hat sich genau das zur Aufgabe gemacht: laut sein, Druck machen und möglichst vielen die Strukturen hinter dem Hass zeigen. Bis Herbst 2021 war die 39-Jährige Vorsitzende der Grünen-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Spandau, heute sitzt sie im Berliner Abgeordnetenhaus: eine lebhaftere Frau, die viel lacht selbst wenn sie im Zoom-Call aus Drohmails zitiert.

„Fast alles, was ich abbekomme, zielt auf mein Geschlecht oder meine iranische Herkunft“<sup>3</sup>, sagt sie. „Nur selten ist es politische Kritik.“<sup>3</sup> Das sei typisch, es gehe den Tätern ja nicht ums Debattieren, sondern um die Deutungshoheit. „Als Frau, noch dazu mit Migrationsgeschichte, hast du kein Recht, dich zu äußern das ist die Botschaft.“<sup>3</sup> Auf Twitter veröffentlicht und

kommentiert sie inzwischen fast alles, was sie bekommt und für exemplarisch hält. Denn was digitale Gewalt anrichtet, werde oft unterschätzt. „Um mich ruhig zu stellen, muss man mich ja nicht vergewaltigen. Es reicht, es anzudrohen.“<sup>4</sup> Auch sie habe sich schon wochenlang vom Netz ferngehalten, als ein Unbekannter angekündigte, sie zu kriegen<sup>4</sup>. Ahmadi wandte sich damals an Hate Aid<sup>4</sup>, die Organisation berät sie bis heute. „Vom Hass lasse ich mich nicht mehr einschränken. Aber das kostet Kraft. Und mir ist klar: Nicht jede hat die.“<sup>4</sup>

Als Landespolitikerin setzt sie sich jetzt dafür ein, dass Polizist\*innen besser für digitale Hasskriminalität sensibilisiert werden durch Schulungen oder schon in der Ausbildung. „Das ist längst überfällig.“<sup>4</sup> Doch bis die Wirkung zu spüren ist, das weiß auch Ahmadi, wird es dauern. Was könnte sofort helfen?

Individuelle psychologische Coachings für Betroffene sagt Lena Weber aus Hermeskeil. Um die Teflonschicht zu stärken. „Die müssten aber auch im ländlichen Raum gut erreichbar sein und so günstig, dass man sie sich auch als Ehrenamtliche leisten kann.“<sup>4</sup>

Mehr Unterstützung durch die Parteien – fordert Anna-Lena Hodenberg von Hate Aid<sup>4</sup>. Etwa bei der Finanzierung von Angeboten, wie Weber sie sich wünscht. „Und wieso hat nicht jede Partei eine Chat-Gruppe, wo Bürgermeister\*innen bei Shitstorms Alarm schlagen können und ihnen sofort alle beispringen?“

Mehr Wertschätzung für das Bürgermeisteramt, wünscht sich Katja Wolf. „Kommunalpolitik gilt viel zu oft noch als Resterampe.“<sup>4</sup> Mehr Verständnis für die, die im Amt auch mal Schwäche zeigen, fände Vanessa Gattung gut. „Wir sind alle nur Menschen.“<sup>4</sup>

Vor allem aber, sagt Gollaleh Ahmadi, sollten mehr Frauen die Rathäuser und Bezirksversammlungen stürmen. Sich aufstellen, wählen lassen, laut werden. Trotz oder gerade wegen des Gegenwinds, der sie dort erwartet. „Denn wenn wir den anderen das Feld überlassen – wie soll sich dann etwas ändern?“